

Vier aus vierhundert

Afghanen, die mit ausländischen Journalisten kooperieren, müssen um ihr Leben fürchten. Wenn die internationale Aufmerksamkeit nach dem Truppenabzug schwindet, könnte die Gefahr für sie noch wachsen.

VON RONJA VON WURMB-SEIBEL

Er war gerade auf dem Weg zum Mittagessen, als eine fremde Stimme ihn daran erinnerte, dass der Job, den er so gerne macht, der seine Familie ernährt und von dem er hofft, dass er sein Land verändert wird – dass dieser Job ihm alles nehmen könnte. Alles, das ist: sein Leben. Und die Erinnerung: Ein Anruf.

»Ich brauch die Adresse deines Büros«, sagte ein Mann, ohne seinen Namen zu nennen.

»Wozu?«, entgegnete Humayoon Babur.

»Frag nicht! Sag sie mir! Ich will dich treffen.«

»Wir können am Telefon reden.«

»Ich weiß, dass du für Ausländer arbeitest«, sagte der Mann. Und nach einer paar Sekunden: »Ich will dich treffen.«

»Das war seine Drohung«, sagt Humayoon Babur, als wir einen Tag später bei Skype sprechen. »Er will mich treffen. Und umbringen.«

Humayoon Babur (29) ist Journalist. Er berichtet für die afghanische Mediengruppe Killid aus dem gesamten Norden Afghanistans, reist oft in die Provinzen,

Kopftuch und der braunen Salwar Kameez, einer weiten Stoffhose und einem knielangen Kleid. Denn anders als in Kabul sehe ich auf den Straßen nur eine handvoll Frauen, die keine Burka tragen. Noch dazu überrage ich die meisten Afghaninnen um knapp zwei Köpfe. Dass ich aus dem Westen komme, sieht jeder. Sofort. Für mich birgt das die Gefahr, entführt zu werden, im schlimmsten Fall ermordet.

Für Babur, der mich bei allen Terminen begleitet, birgt es die Gefahr, von Aufständischen als vermeintlicher Spion »enttarnt« zu werden. Auch er könnte entführt oder ermordet werden. Es ist eine Gefahr, die bleibt.

Drohungen von allen Seiten

Der Anruf vor dem Mittagessen sei der zehnte oder elfte in diesem Jahr gewesen, sagt Babur. »So genau zähle ich das nicht.« Ihm drohen nicht nur Taliban. Da ist der Polizeikommandeur, der eine Frau vergewaltigt hatte und – nachdem Babur darüber berichtet hat – verhaftet wurde. Da sind die »non-responsible gunmen«, wie Babur diejenigen nennt, die er weder der Regierung noch den verschiedenen Gruppen politisch motivierter Aufständischer zuordnet, eine Art Mafia; Babur beschrieb in einem Artikel, wie sie Schutzgelder von Bauern eintrieben. Da ist der Mann, der Babur bereitwillig ein Interview gab, es sich am nächsten Tag anders überlegte, und ihm mit Mord drohte, sollte er die Veröffentlichung nicht in letzter Minute verhindern.

Ich kann nicht überprüfen, ob Babur tatsächlich bedroht wird – ich erlebe ja keinen der Anrufe. Aber jeder einheimische Journalist, mit dem ich spreche, berichtet Ähnliches. Manche erzählen draufgängerische Geschichten und zeigen mir dutzende Videos von Anschlügen und Schießereien,



Der afghanische Journalist Humayoon Babur arbeitet oft für ausländische Medien und erhält deswegen Morddrohungen – nicht nur von den Taliban.

andere wirken wie stille Beobachter. Alle sagen, sie bekämen Morddrohungen.

»Weißt du, ich kenne vielleicht 400 Leute in der Stadt«, sagt Babur, als wir ein paar Stunden, nachdem ich in Kundus angekommen bin, in meinem Hotelzimmer sitzen. »Aber ich vertraue nur vier.«

»Was meinst du mit vertrauen?«, frage ich und zähle vor meinem inneren Auge ab, wen ich in Deutschland anrufen würde, wenn es mir schlecht geht, wenn etwas wirklich Schlimmes passiert ist. »Naja, jemandem sagen, wo ich gerade bin, wen ich jetzt treffe und sowas.«

Netz aus Halbwahrheiten und Ausreden

In den nächsten Tagen merke ich, dass dieses Misstrauen zu einem kompliziert gestricktem Netz aus Halbwahrheiten und Ausreden führt. Die Notlüge ist Dauerzustand, nicht nur wenn die Polizei ins Hotel kommt, um zu fragen, worüber man denn so schreiben will. Auf die Fragen »wie lange bleibst du hier?«, »worüber berichtest du?« und »wen hast du bisher getroffen?« wird grundsätzlich nicht wahrheitsgemäß geantwortet. Dafür schärft Babur mir eine Liste einflussreicher Leute ein, die ich beiläufig als »sehr gute Freunde« erwähnen soll, allerdings ausschließlich im Gespräch mit Polizisten und Regierungsmitgliedern. Eines Abends ruft ein Mann, den

ich nicht kenne, auf meinem afghanischen Handy an und fordert wütend ein Interview, in einer Stunde. Babur erfindet einen Termin. Der Mann will das Interview am nächsten Tag. Babur erfindet einen weiteren Termin – obwohl ich dann ohnehin schon wieder in Kabul sein werde. Nur soll auch das keiner wissen, nicht dass auf dem Weg zum Flughafen noch etwas passiert.

Zu allen Gesprächsterminen fahren wir mit dem Auto, ich laufe keinen einzigen Meter durch die Stadt – aus Sicherheitsgründen. Das geschäftige Treiben auf den Straßen sehe ich nur hinter Scheiben. In einem neueren Viertel der Stadt wirbt ein südkoreanischer Handyhersteller mit einem riesigen Banner: »Life's good.«

Zwischen Lkw-Fahrern, die ihre Waren verladen, Händlern und Tagelöhnern schiebt ein Junge eine pinke Kühltruhe auf vier Rädern vor sich her. An deren Seite klemmt eine graue Flüstertüte, aus der von Zeit zu Zeit die Melodie von »Happy Birthday« dudelt. So kündigt der Junge seine Ware an: Eis am Stiel. Es ist Frühling.

Frühling in Afghanistan – das heißt auch: Es wird wieder gefährlicher. Wenn der Schnee von den Bergen schmilzt und die Wege freilegt, über die Aufständische aus Dörfern in die Städte gelangen, beginnt die sogenannte Fighting Season. In diesem

Die Zusammenarbeit mit Ausländern birgt für Babur die Gefahr, als vermeintlicher Spion enttarnt oder getötet zu werden.

im Norden Afghanistans. Hier leben etwa 125.000 Menschen. Verglichen mit Kabul ist Kundus gefährlich, verglichen mit südlichen Provinzen wie Kandahar ist es ruhig.

Als ich im Mai in Kundus recherchiere, arbeitet Babur drei Tage als Übersetzer für mich. Ich falle auf in der Stadt – trotz eng ans Gesicht gelegtem

Jahr kündigte der Taliban-Pressesprecher ihren Start Ende April mit einer E-Mail an. Seither mehren sich Anschläge und Hinrichtungen.

Ali Asghar Yaghobi war gerade im Auto unterwegs, als zwei maskierte Männer auf einem Motorrad vorbeifuhren und auf ihn schossen. Er war Radioreporter in Herat, der drittgrößten Stadt des Landes. Die Kugeln trafen ihn in der Brust, er überlebte. Einen Monat später berichtete der NDR über Yaghobi – weil er als Producer für die ARD arbeitete.

Mohammad Muhsin Hashimi verschwand Anfang Mai. 19 Tage später fand die Polizei die Leiche des Mannes. 200 Meter von dessen Haus entfernt,

Ali Asghar Yaghobi war gerade im Auto unterwegs, als zwei maskierte Männer auf einem Motorrad vorbeifuhren und auf ihn schossen.

übersät mit Stichwunden. Der 30-Jährige arbeitete für ein Lokalradio in der nördlichen Provinz Kapisa. In der

Woche zuvor wurde Mohammad Nasim Toorak von Unbekannten erschossen. Er arbeitete als Fotoreporter. Der Mai war blutig. Vertraut man den Statistiken verschiedener Hilfsorganisationen, gab es seit Jahren keinen Monat, in dem so viele Medienschaffende starben.

Zensur ist nicht erlaubt, zumindest offiziell

In Herat protestierten Journalisten gegen die zunehmende Gewalt und gegen ihre tatenlose Regierung. Einige von ihnen verschlossen dabei ihre Münder mit schwarzem Klebeband. So wollten sie ausdrücken, was viele fürchten: Mehr Anschläge könnten zu Selbstzensur führen. Journalisten könnten aufhören, über heikle Themen zu berichten, und in abgelegene Provinzen zu fahren. Und sie könnten vorsichtig werden bei Interviews.

Laut Gesetz haben Journalisten in Afghanistan wenig zu befürchten. Artikel 34 der Verfassung garantiert der Presse Freiheit und ein 2005 veröffentlichtes Mediengesetz sichert den Bürgern ihr Recht, sich zu informieren.

Offiziell ist Zensur nicht erlaubt, aber natürlich ist es in einem Land, in dem Korruption, Gewaltandrohung und von außen schwer durchschaubare Machtmechanismen Alltag sind, möglich, Inhalte zu verbieten.

Ende April beispielsweise verkündete Präsident Hamid Karzai, die Ausstrahlung unislamischer TV-

Sendungen sei künftig verboten. Mit einer Beschränkung der Rede- oder Medienfreiheit habe das nichts zu tun. Reporter ohne Grenzen stuft Afghanistan in diesem Jahr in Sachen Pressefreiheit auf Rang 128 von 179, weit vor Marokko, Russland oder der Türkei.

Seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 hat sich die Medienlandschaft in Afghanistan rapide vergrößert. In Kabul gibt es einen Hügel, den man von fast allen Orten der Stadt sieht. Eigentlich heißt er »Asmayee«, aber alle nennen ihn nur den »TV Mountain« – so viele Sendemasten stehen dort. Mehr als 200 Zeitungen und Magazine gibt es, knapp 150 Radiosender und mehr als 40 TV-Programme. Einige gehören der Regierung, die meisten sind privat finanziert. Neutral sind sie nicht. Politische Stiftungen investieren genauso wie ehemalige Warlords, Geschäftsleute aus dem Ausland, NGOs und Geberländer wie Deutschland und die USA.

Mahnung an den Westen

Mehr als 50 Länder unterstützen Afghanistan mit Hilfsgeldern. Allein in Kabul leben etwa 700 Entwicklungshelfer aus Deutschland. Und über 100.000 NATO-Soldaten leisten ihren Einsatz. Im krassen Missverhältnis dazu steht, wie viele internationale Journalisten in Kabul arbeiten.

»Was mir in diesen Tagen am meisten Sorgen bereitet, dass mit jedem Monat weniger Leute diesen Job machen«, schreibt Heidi Vogt. Seit 2008 war sie Afghanistan-Korrespondentin für AP, dieses Jahr räumte sie ihren Posten. Ihr letzter Text aus Kabul handelt vom »Abzug der Presse«. »Je weniger Leute vor Ort sind, desto schwerer lässt sich die Rhetorik von Politik und Militär widerlegen«, mahnt Vogt darin. Nur weil Afghanistan seltener auf den Titelseiten lande, heiße das nicht, dass dort alle Probleme bewältigt seien. »Sehr wahrscheinlich werden die Dinge noch lange nicht in Ordnung sein«, schreibt sie. »Die Afghanen werden diese Realität leben müssen. Und ich kann nur hoffen, dass die Amerikaner davon hören werden.« Vogt richtet ihren Appell an US-Medien, im Blick auf die Zeit nach 2014, wenn der Großteil der NATO-Truppen das Land verlassen haben wird.

Für Deutschland gilt ihr Mahnruf schon jetzt. Keine Redaktion in Deutschland hält einen festen Korrespondenten in Afghanistan. Trotzdem erscheinen jeden Monat bundesweit durchschnittlich 500 Artikel darüber. Sie werden geschrieben von Jour-

nalisten in Deutschland. Oder von solchen, die für kurze Zeit ins Land reisen. Viele von ihnen sind mit der Bundeswehr unterwegs, sie sehen Feldlager, Polizeiausbilder, Regierungsmitglieder. Mit den Menschen auf der Straße sprechen sie kaum. Manche Redaktion engagieren deshalb Leute wie Humayoon Babur oder Ali Yaghoobi, der in seinem Auto angeschossen wurde und nun einen anderen Job sucht.

»Drohungen gegenüber einheimischen Kollegen können schnell eskalieren«, warnt der Journalist und Asien-Experte Bob Dietz in seinem Report für das »Committee to Protect Journalists«. Er fordert Medienhäuser dazu auf, ihren politischen Einfluss zu nutzen, um schnell verfügbare Visa für die afghanischen Kollegen zu verlangen. »Und in Zeiten sinkender Budgets sollten sie Fonds bilden, um ihrer Verantwortung gegenüber den einheimischen Mitarbeitern gerecht werden zu können.«

Jobs bei ausländischen Medien sind lukrativ

Humayoon Babur bekommt für seinen Job bei Kilid jeden Monat umgerechnet knapp tausend Euro. Er sagt, das reiche nicht, um seine Familie zu versorgen: die beiden jüngeren Brüder, die studieren, seine zwei Schwestern, die noch nicht verheiratet sind, und die Mutter, die in die USA ausgewandert ist, wo sie keinen Job hat. Recherchiert Babur für Al Jazeera, BBC oder *USA Today* verdient er bis zu 500 Euro mehr. In Monaten, in denen er solche Jobs nicht bekommt, leiht er sich Geld von Freunden.

»Warum arbeitest du überhaupt noch als Journalist?«, frage ich ihn an meinem zweiten Abend in Kundus. »Wo du die Morddrohungen und alles bekommst?«

»Ich will den Leuten hier helfen. Wenn ich über schmutzige Dinge berichte, werden die Verantwortlichen verhaftet. Was soll ich denn sonst tun?«

Ich schweige.

»Außerdem glaube ich, wenn Gott will, dass ich tot bin, dann sterbe ich sowieso.«

»Wie ist es andersrum? Wenn er will, dass du am Leben bleibst – wird er dich schützen?«

»Oh, das ist eine schwierige Frage... aber ja, ich glaube, wenn er nicht will, dass ich sterbe, dann sterbe ich auch nicht.«

Kurz bevor ich am nächsten Morgen ins Flugzeug steige, das mich zurück nach Kabul bringt, bezahle ich Humayoon Babur mit einem Päckchen Dollarscheine für seine Arbeit. Alles andere kann ich ihm nicht vergelten.

Drei Wochen später, zurück in Deutschland, als wir telefonieren, frage ich ihn wieder: »Wirst du weitermachen mit deinem Job?« Es ist eine Woche, nachdem er nachts auf der Straße von Bewaffneten überfallen worden ist. Und ein Tag, nachdem der Anruf kam. »Weißt du, jeder Mensch will überleben. Und am Ende sind Journalisten auch nur Menschen.«

Falls es nach 2014 schlimmer werden sollte, sagt er, dann werde er versuchen, wegzukommen. Schlimmer, das kann vieles heißen: dass die Aufständischen mächtiger werden, dass die Gewalt zunimmt, dass ein Bürgerkrieg ausbricht. Leute, die für den Westen gearbeitet haben, so fürchten viele, wären dann die ersten, an denen Regierungsgegner sich rächen würden.

Jeden Tag ruft Baburs Mutter an und sagt, dass sie sich Sorgen macht. Sie möchte, dass ihr Sohn in die USA zieht.

Doch der glaubt nicht daran, dass er ein Visum bekommen wird. Und außerdem: noch will er ja bleiben. »Ich bin hier aufgewachsen, ich liebe mein Volk und ich mag es, mit den Leuten zu reden und dann über ihre Probleme zu berichten.«

»Ich helfe der Regierung doch«

Mit den Anrufen der Aufständischen scheint er sich halbwegs abgefunden zu haben. Aber Drohungen von Kommandeuren und Politikern? Das kann er nicht begreifen. Auch nicht, dass seine Regierung kaum etwas unternimmt, um Journalisten wie ihn zu schützen.

»Ich helfe der Regierung doch – selbst wenn ich über ihre Fehler berichte«, sagt er. »Wenn die Probleme der Leute nicht behoben werden, dann werden die immer noch enttäuscht von der Regierung. Und irgendwann unterstützen sie die Aufständischen. Weißt du, in Ländern wie meinem, da gibt es eine Lücke zwischen dem Volk und der Regierung.« Er macht eine Pause. Dann sagt er: »Wir Journalisten, wir könnten die schließen.«

Er wolle wirklich weiter arbeiten, wiederholt er nachdrücklich. Er wolle nicht aufhören. »Aber weißt du, wenn ich tot bin, das bringt ja nichts. Dann kann ich meinen Job auch nicht mehr machen.« ■

Leute, die für den Westen arbeiten, so fürchten viele, wären die ersten, an denen sich die Regierungsgegner rächen würden.

Ronja von Wurmb-Seibel arbeitet als freie Journalistin in Hamburg und ist regelmäßig in Kabul. Zuletzt berichtete sie als Redakteurin im Politischen Ressort der Zeit über Afghanistan.

